



## **Appell an die Bundesfamilienministerin und die Landesfamilienministerinnen und -minister!**

---

**Sehr geehrte Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey,  
sehr geehrte Landesfamilienministerinnen und -minister,**

bundesweit sitzen zehntausende junge Menschen auf der Straße. Die Situation verschlechtert sich zunehmend und ist dramatisch. Die sozialen Hilfen sind weitestgehend heruntergefahren. Durch die Ausgangsbeschränkungen funktionieren einige der gewohnten Überlebensstrategien nicht mehr, wie bspw. Schnorren oder Flaschensammeln und die Jugendämter sind nur noch eingeschränkt erreichbar und dadurch bleiben Kindeswohlgefährdungen zu oft im Verborgenen.

Das Leben auf der Straße führt zwangsläufig dazu, dass das Immunsystem geschwächt wird, viele junge Menschen leiden dadurch unter diversen, oft nicht behandelten Vorerkrankungen. Deshalb ist die Ansteckungsgefahr größer und sie sind in einem besonderen Maße gefährdet. Zusätzlich dazu wird die Situation dadurch erschwert, dass viele der betroffenen jungen Menschen nicht krankenversichert sind, weshalb der Zugang zu medizinischer Versorgung erschwert ist.

Es handelt sich demnach eindeutig um eine schutzbedürftige Risikogruppe, die wir nicht alleine lassen dürfen!

Spezialisierte Notunterkünfte für Jugendliche sind nicht in ausreichendem Maß vorhanden. Die bestehenden Notunterkünfte für Erwachsene in Deutschland sind für Jugendliche und junge Erwachsene ohnehin keine Alternative, da sie zumeist nur eine Unterbringung in Mehrbettzimmern oder Schlafsälen anbieten. Insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass viele junge Menschen traumatische Erfahrungen (Gewalt im Elternhaus, sexualisierte Gewalt, Vernachlässigung) durchleben mussten, ist eine Unterbringung in solchen Notunterkünften eigentlich grundsätzlich nicht tragbar. In der jetzigen Situation aber ist eine solche Unterbringung unbedingt zu verhindern, um das Ansteckungsrisiko möglichst gering zu halten! In diesen Unterkünften gibt es eine viel zu hohe Belegungsdichte. Ein Schutz vor Ansteckung ist so nicht gegeben. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, dass diese Unterkünfte zu Ansteckungszentren werden.

Einige junge Menschen gehen Zwangsbeziehungen ein, nur um ein Dach über den Kopf zu haben. Die häusliche Gewalt steigt in Zeiten von Ausgangsbeschränkungen rasant an, Schutzräume sind rar. Es ist zu befürchten, dass nun auch viele Jugendliche vor der Gewalt im Elternhaus auf die Straße flüchten.

Auf der Straße können die Kontaktbeschränkungen kaum umgesetzt werden. Doch die Vorsichtsmaßnahmen müssen für alle gelten : In Solidarität mit obdachlosen Menschen und zur Verringerung der Ansteckungsgefahr im öffentlichen Raum für Alle.

Wir fordern daher die sofortige Öffnung von Hotels, Hostels und Jugendherbergen, damit diese Jugendlichen dort aufgenommen und einzeln untergebracht werden können! Es muss dort eine ganztägige Unterbringung von betroffenen Jugendlichen in Einzelzimmern möglich gemacht werden.

Die Covid-19 - Pandemie darf nicht zu einer sozialen Katastrophe führen! Deshalb müssen sowohl das Bundesfamilienministerium und als auch alle zuständigen Landesfamilienministerien sofort einen Rettungsschirm für junge Obdachlose aufspannen, eine Corona-Soforthilfe bereitstellen, um ein Jugendnothotelprogramm umzusetzen. Der Infektionsschutz darf nicht vor der Obdachlosigkeit halt machen! Jeder Tag zählt, jeder Tag kann Leben kosten.

Krisen können aber auch positive Impulse und kreative Lösungen bringen. Deshalb sollten wir gerade in der jetzigen Situation nachhaltig denken, die Krise als Chance begreifen und Corona einen „Sinn“ geben indem wir versuchen Jugendobdachlosigkeit endgültig zu beenden. Dies könnte durch die Etablierung von dauerhaften und sicheren Unterbringungsmöglichkeiten in Form von Jugendnothäusern, in denen eine Betreuung und Begleitung vor Ort durch Jugendhilfeträger stattfindet, in den deutschen Städten geschehen. Der Übergang kann durch die vorherige Unterbringung in Jugendnothotels effektiv gestaltet werden.

**Prof. Dr. Susanne Gerull, Alice-Salomon Hochschule Berlin**  
**Prof. Zoe Clark – Uni Siegen**  
**Prof. Dr. Birgit Steffens Evangelische Hochschule Berlin (EHB)**  
**Prof. Dr. Petra Mund Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin**  
**Prof. Dr. Meike Günther Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)**  
**Prof. Dr. Jens Wurtzbacher, KHSB Berlin**  
**Dr. Tanja Ehmann, KHSB Berlin**  
**Prof. Dr. Birgit Steffens, EHB Berlin**

**KARUNA e.V. + Sozialgenossenschaft**



**Bündnis für Straßenkinder e.V.**



**terre des hommes**



**Careleaver e.V**



**Gangway**



**Freestyle e.V.**



**Treberhilfe Dresden**



**Basis & Woge e.V.**



**VKJH e.V.**  
**Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg**



**IGFH – Vorstand und Geschäftsführung**



**Deutsches Kinderhilfswerk**



**Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband**



**Bundesnetzwerk Ombudschaft**



**BAGW**



**BAJ Kinder- und Jugendschutz**



**EREV**



**Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. KM Bundesverband**



**Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland – Bundesverband e.V.**



**BAG Streetwork Mobile Jugendarbeit**

